

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

283 (4.12.1934)



# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: Luise Dups, Durlach, D. A. X. 3400.



Anzeigenberechnung: Die 6gepaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Klageposten und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 283

Dienstag, den 4. Dezember 1934

106. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Reichsaußenminister Fehr. von Neurath sprach sich dem Rentervertreter über die Befriedung Europas aus. Für eine Wiederbeteiligung Deutschlands am Völkerbund sei die Gleichberechtigung Voraussetzung.

Die Verhandlungen des Dreierauschusses des Völkerbundes über die Saarfragen in Rom führten zu einer vollständigen Einigung zwischen Deutschland und Frankreich, hauptsächlich über finanzielle Fragen.

Für die Saargruben, Eisenbahnen usw. soll Deutschland nach der römischen Vereinbarung 150 Millionen Reichsmark bezahlen.

Die Unterredung des deutschen Sonderbeauftragten, von Ribbentrop, mit dem französischen Außenminister Laval über die deutsch-französischen Beziehungen findet große Beachtung.

Weihnachtsgeldgeschenke an Arbeiter mit einem Jahres-einkommen unter 3600 RM. sind steuerfrei.

In öffentlichen Versammlungen darf über religiöse und weltanschauliche Fragen nach Vorträgen keine Aussprache stattfinden.

Der kriegsblinde Abgeordnete Scapini, der mit Herrn von Ribbentrop eine längere Unterredung hatte, äußert seinen Eindruck in der Abendzeitung „La Presse“. Er meint, Deutschland und Frankreich müßten auf dem Fuße der Gleichheit ein gegenseitiges Abkommen abschließen, aufgrund dessen die Rüstungen beider Länder einer Kontrolle unterworfen würden.

Vor rheinischen Industriellen sprach Dr. Syrup über das Thema „Arbeit und Arbeitslosigkeit im neuen Deutschland“. Er kündigte dabei an, daß die Reichsautarkie für die Betriebe der Textilindustrie zum Ausgleich von Kurzarbeit infolge Rohstoffmangels eine wesentlich verstärkte Kurzarbeiterunterstützung einführen werde.

Der bekannte Fabrikist Agranon ist mit der Führung des Polizeisicherheitswesens in Leningrad betraut worden. Der Leiter der Polizeiverwaltung in Leningrad sowie weitere höhere Beamte sind verhaftet worden. Bei der Ueberführung der Leiche Kirovs nach dem Bahnhof gaben auch Stalin, Molotow und Woroschilow dem Sarge das Geleit.

## Steuerfreiheit der Weihnachtsgeschenke

Berlin, 3. Dez. Viele Unternehmer beabsichtigen, in diesem Jahr ihren Arbeitnehmern einmalige Zuwendungen zu Weihnachten zu machen. Um die Gebefreudigkeit anzuregen und um den Arbeitnehmern bereits schon vor Antritt der neuen Lohnsteuerperiode eine steuerliche Erleichterung zu gewähren, hat der Reichsminister der Finanzen in einem Erlaß vom 30. November 1934 bestimmt, daß einmalige Zuwendungen zu Weihnachten unter folgenden Voraussetzungen frei von der Einkommensteuer (Lohnsteuer), Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, Ehestandshilfe der Ledigen und der Schenkungssteuer sein sollen:

1. Die einmalige Zuwendung muß im Monat Dezember gegeben werden.
  2. Die einmalige Zuwendung muß über den vertraglich (tariflich) gezahlten Arbeitslohn hinaus gewährt werden.
  3. Die Steuerbefreiung gilt nur für Arbeitnehmer, deren vereinbarter Arbeitslohn nicht mehr als 3600 RM. jährlich beträgt.
- Die steuerfreien Weihnachtsgeschenke können in bar oder in Sachen geleistet werden. Es ist nicht erforderlich, daß sie in Bedarfsbedarfscheinen gegeben werden.

Für Weihnachtsgeschenke, die auf Grund des Arbeitsvertrages, z. B. des Tarifvertrages, gewährt werden, kommt also die Steuerfreiheit nicht in Frage. Auch sind alle Weihnachtsgeschenke des Arbeitgebers an seine Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn mehr als 3600 RM. im Jahr beträgt, als Arbeitslohn zu besteuern.

## „Ehrenrat der Arbeit“

Dortmund, 3. Dez. Anlässlich seiner Besichtigungstour durch die Betriebe in Westfalen sprach Reichsorganisationsleiter Dr. Ley in Dortmund vor der Belegschaft der Vereinigten Elektrizitätswerke und kündigte an, daß er den Führer bitten werde, am nächsten 1. Mai einen „Ehrenrat der Arbeit“ zu verkünden, der sich aus den hervorragendsten Männern der Deutschen Arbeitsfront zusammensetzen soll.

## Einigung in der Saarfrage

Dreierauschussung in Rom beendet

Rom, 3. Dez. Im Zusammenhang mit den Erörterungen des Dreierkomitees des Völkerbundes sind nach mehrwöchigen Verhandlungen die wichtigsten finanziellen und sonstigen Fragen, die mit der Rückgliederung der Saar zusammenhängen, zwischen den beteiligten Stellen — Dreierkomitee mit Unterstützung des Finanzkomitees des Völkerbundes, Vertreter der deutschen und Vertreter der französischen Regierung — am Montag in Rom geregelt worden.

Heute Dreierauschuss in Genf. — 5. Dezember Völkerbundsrat. Amtlich wird aus Rom mitgeteilt:

„Der Dreierauschuss hat Montagmorgen seine letzte Sitzung in Rom abgehalten, der der französische und der deutsche Botschafter beiwohnten. Der Präsident stellte im Namen des Ausschusses fest, daß zwischen der französischen und der deutschen Regierung eine Einigung in allen Fragen erzielt werden konnte, die dem Ausschuss zur Prüfung vorlagen. Ein Abkommen wurde für die französische und deutsche Regierung von den beiden Botschaftern und den beiderseitigen Vertretern unterzeichnet.“

Am Dienstag wird der Dreierauschuss in Genf zusammentreten, um den Bericht zu verfassen, der dem für den 5. Dezember einberufenen Völkerbundsrat zur Beschlußfassung vorzulegen ist.

Baron Moisi dankte, indem er die Arbeiten in Rom schloß, im Namen des Ausschusses den französischen und deutschen Vertretern und Sachverständigen und insbesondere dem finanziellen Unterausschuss des Völkerbundes für die tatkräftige Mitarbeit.

Der Vorsitzende des Dreierauschusses für Saarfragen, Baron Moisi, ist am Montag nachmittags nach Genf abgereist. Die deutschen Sachverständigen sind am Montag abend von Rom nach Berlin abgereist.

### Der Inhalt des Abkommens.

Für die Abfindung aller Ansprüche des französischen Staates (Saargruben, Eisenbahnen, Grenzbahnhöfe usw.) zahlt Deutschland eine Pauschalsumme von 150 Millionen Reichsmark in französischen Franken (900 Mill. Franken).

Anßerdem wird Frankreich die zinsfreie Ausbeutung der auf Saarboden liegenden Braunkohlegruben, die aus Schächten erfolgt, die auf französischem Gebiet liegen, zugestanden. Die Ausbeutung wird auf fünf Jahre beschränkt und darf eine bestimmte Fördermenge (durchschnittlich 2,2 Millionen Tonnen Kohle) nicht überschreiten.

Vorteilungen sind getroffen worden, um zu verhindern, daß durch die Barzahlung der Pauschalsumme eine Verschlechterung der deutschen Devisenlage eintritt.

Was den politischen Teil der Abmachungen betrifft, so handelt es sich in erster Linie um die Garantiefrage, und zwar sollen die Garantien, wie sie im Ratsbeschluss vom 4. Juni für die Stimmberechtigten vorgesehen sind, zu im wesentlichen gleichen Bedingungen auch auf die Nichtstimmberechtigten ausgedehnt werden, soweit sie am Tage der Abstimmung drei Jahre im Saargebiet ansässig sind. Außerdem ist vorgesehen worden, daß Bewohner des Saargebietes während der Dauer eines Jahres aus dem Saargebiet abwandern können. Diese Bestimmung

greift aber in keiner Weise der deutschen Gesetzgebung auf dem Gebiet der Staatsangehörigkeit vor.

Schließlich fand ein Notenwechsel über die Handhabung der Sozialversicherung nach der Rückgliederung zu Deutschland statt.

Die Einigung bei den Saarverhandlungen in Rom im Spiegel der Berliner Presse.

DNB, Berlin, 4. Dez. Die bei den Saarverhandlungen in Rom erzielte Einigung wird von den Berliner Morgenblättern eingehend gewürdigt. „Die Einigung“, so schreibt der „Völkische Beobachter“, „wird nicht nur von der Bevölkerung an der Saar, sondern von der ganzen Weltöffentlichkeit mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden können. Denn durch die Tatsache dieser Einigung wurde ein Problem aus der Welt geschafft, dessen Bestehen bisher immer als eine mögliche Quelle von Schwierigkeiten und Konflikten bezeichnet werden konnte. Die Verhandlungen um die Einigung in Rom haben für Deutschland zweifellos große Opfer gefordert. Deutschland hat sich aber zu Konzessionen bereitfinden lassen, weil es das große Ziel der deutsch-französischen Entspannung nach wie vor im Auge hat, und weil das nationalsozialistische Deutschland nicht nur in Worten den Frieden preist, sondern auch bereit ist, seinen Friedenswillen durch eigene, selbstlose Leistungen unter Beweis zu stellen. Wir können allerdings anerkennen, daß auch der französische Verhandlungspartner die Verantwortung der Stunde erkannte und Deutschland nicht Vorschläge zugemutet wurden, die es unmöglich hätte annehmen können. Man hat wohl auch auf französischer Seite den Wunsch das Saarproblem nicht immer wieder mit neuen Mißverständnissen in Streitpunkten zu belasten. Durch das Abkommen in Rom ist nunmehr ein Weg gefunden worden, um möglichst reibungslos die Rückgliederung der Saar vor sich gehen zu lassen. Man kann damit hoffen, daß alle trüben Hoffnungen auf Reibungen zwischen Frankreich und Deutschland nach erfolgter Abstimmung junichte gemacht sind. Damit wird, so hoffen wir, auch der Abstimmungstempel selbst in seiner Schärfe gemildert, und man kann weiterhin annehmen, daß darüber hinaus das römische Abkommen die Grundlage für die vollkommene Bereinigung der Saarfrage zwischen Deutschland und Frankreich sein wird.“ — Die „Berliner Börsenzeitung“ meint, daß das in Rom erzielte Ergebnis sich vorteilhafter auswirke im Vergleich mit dem bekannten Barthou-Memorandum. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ möchte annehmen, daß der Völkerbundsrat die römische Einigungsformel anerkennen werde. — In der „Germania“ wird mit Befriedigung festgestellt, daß durch die jegliche Verständigung die Saarfrage viel von ihrer Schärfe verloren hat, die noch vor wenigen Wochen ihr Kennzeichen war. — Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist der Ansicht, die schiedsrichterliche Ueberbrückung zwischen Berlin und Paris vor dem Dreierauschuss bedeute, daß alle Welt die Rückkehr der Saar zum Reich als selbstverständlich ansehe. — Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet es als gewiß, daß das gesamte deutsche Volk der jetzt getroffenen Regelung gern zustimme, weil sie im Sinne des Friedens und der Versöhnung getroffen worden ist. — Die „Kreuzzeitung“ findet besonders bemerkenswert die in dem Abkommen vorgesehene Rücksichtnahme auf die deutsche Devisenlage.

## Erweiterung des Kündigungsschutzes

Berlin, 3. Dez. Die Reichsregierung hat unter dem 30. November 1934 ein Gesetz zur Erweiterung des Kündigungsschutzes erlassen. Es ist die Höchstgrenze der Entschädigung heraufgesetzt worden, auf die das Arbeitsgericht nach Paragraph 58 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit für den Fall erkennen kann, daß der Unternehmer den vom Arbeitsgericht ausgesprochenen Widerruf einer Kündigung ablehnt. Das Gericht kann in Zukunft eine Entschädigung bis zu sechs Zwölfteln des letzten Jahresarbeitsverdienstes vorsehen, während es bisher nur auf eine Entschädigung bis zu höchstens vier Zwölfteln erkennen konnte. Es wird damit die Möglichkeit eines stärkeren Zwanges zur Weiterbeschäftigung eines Gefolgschaftsangehörigen für die Fälle gegeben, in denen die Weiterbeschäftigung von einer wirklichen betriebsgemeinschaftlichen Gesinnung verlangt werden kann.

Darüber hinaus gibt das Gesetz dem Gericht die Befugnis, bei der Bemessung der Entschädigung bis zur vollen Höhe eines Jahresarbeitsverdienstes hinauszugehen, wenn es feststellt, daß die Kündigung offensichtlich willkürlich oder aus nichtigen Gründen unter Mißbrauch der Machtstellung im Betriebe erfolgt ist.

## Separatistenüberfall auf einen Saarbergmann

Saarbrücken, 3. Dez. Im Orte Landsweiler, der mittlerweile als separatistische Terrorzentrale eine traurige Berühmtheit erlangt hat, kam es anlässlich einer Kundgebung der Einheitsfront zu einem Überfall auf einen Bergmann, der sich nachts auf seinem Nachhauseweg befand. Er wurde von einem Trupp von fünf separatistischen Flugblattverteiler angehalten und mit schweren Eisenstangen erheblich zugerichtet.

## Beschleunigte Entsendung des neuen franz. Gesandten nach Budapest

Budapest, 3. Dez. Der neuernannte Gesandte Frankreichs bei der ungarischen Regierung, Rugras, ist hier eingetroffen. Während nach bisherigen Mitteilungen mit dem Dienstantritt des Gesandten erst für Mitte Dezember gerechnet wurde, hat der am Freitag in Paris abgehaltene Ministerrat die sofortige Entsendung des neuen Gesandten nach Budapest beschlossen, im Zusammenhang mit der Angelegenheit des Marzeller Königsmordes.

Der von der Pariser Polizeibehörde zur Untersuchung des Marzeller Anschlages nach Ungarn entsandte Oberkommissar Berthelot hat sich nach dem aufgelösten Emigrantenzug Santa Puzta begeben, um an Ort und Stelle die Frankreich interessierenden Fragen zu klären. Er wird über die Ergebnisse seiner Nachforschungen unmittelbar dem Pariser Ministerpräsidium berichten.

## Besuch polnischer Minister in Budapest

Budapest, 3. Dez. Der polnische Ministerpräsident Kosciuszko wird in Begleitung des Außenministers Bede im Laufe des Dezember in Erwiderung des Warschauer Besuches des Ministerpräsidenten Gömbös der ungarischen Regierung einen Besuch abstatten. Der für den 5. Dezember geplante Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg und des Außenministers Berger-Waldenegg ist wegen der Eröffnung des österreichischen Bundestages auf die Zeit zwischen dem 10. und 15. Dezember verlegt worden.



## Göring für Arbeit und Frieden

Essen, 3. Dez. Ministerpräsident Hermann Göring hielt am Sonntag vormittag in einer Kundgebung in Rheinhausen, wo in der Maschinenhalle der Friedrich-Alfred-Krupp-Werke 15 000 Arbeiter und Bauern versammelt waren, eine Rede. Er sagte unter anderem:

Beim Winterhilfswerk liegt das Schwergewicht auf dem Wort „Winter“. Denn wenn Ihr nur einen Blick hinausst, wenn Ihr seht, wie sie im Ausland schielen und tuscheln, da hört Ihr immer wieder das eine Wort: Dieser Winter von 1934/35 wird der Prüfstein für den Nationalsozialismus sein, in diesem Winter wird er zusammenbrechen, denn er wird nicht die Kraft haben, diesen Winter zu überleben. Gelingt es ihm aber, so schreiben sie, dann müssen wir uns klar darüber sein, daß dann bis auf weiteres der Nationalsozialismus das Rennen gewonnen hat. Wir wollen ihnen zeigen, daß wir das Rennen gewinnen werden, weil wir die Kräfte haben, um auch diesen Winter durchzukommen. Das Winterhilfswerk ist nicht ein Helfen im Sinne eines Almosen, sondern das Winterhilfswerk ist eine gebieterische Pflicht des Volkes und jedes einzelnen Menschen geworden.

Das Recht auf Arbeit ist ein heiliges Recht. Dem hat die Nation nachzukommen. Und wenn sie das nicht kann, dann muß sie die Möglichkeit schaffen, um dem einzelnen Volksgenossen die Existenz zu gewährleisten, damit der einzelne Volksgenosse auch bereit ist, für die Existenz des gesamten Volkes mit einzutreten. So ist der tiefere Sinn auch des Winterhilfswerks nicht Almosen, nicht Geld, sondern Pflicht. Und es muß ein wirkliches Opfer sein.

Weiter führte Göring aus: Heute wissen wir, daß man nicht mehr Weltpolitik machen kann, es sei denn, man macht sie mit uns, mit Deutschland. Nach der Machtergreifung hat das Wort „Berlin“ und das Wort „Deutschland“ wieder seinen guten Klang gefunden. Wir sind wieder eine Macht, wir sind diese Macht geworden aus uns selbst, nicht durch Kanonen, nein, sondern durch jene sittliche Kraft, die immer noch die letzte große Wirkung über alles Irdische hat. Mit diesem Deutschland muß man jetzt rechnen, und niemand draußen in der Welt braucht sich mehr zu schämen, daß er ein Deutscher ist. Wenn ein englischer Staatsmann vor wenigen Tagen erklärte, nur ein unbewaffnetes, wehrloses Volk reize zum Unfrieden, dann möge er, bitte, auch begreifen, daß was für England gilt, auch für Deutschland seine Geltung hat. Auch wir sind der Meinung, daß ein wehr- und ehrloses Volk friedlos werden muß. Nur ein Deutschland der Ehre ist ein Bürger des Weltfriedens. Deshalb verlangen wir für uns das gleiche Recht wie die anderen.

Wir sehen es immer wieder, die Frontsoldaten aller Nationen, die in jahrelangem gewaltigem Ringen ihren Mann gefunden haben, sie verstehen einander. Und warum? Weil sie sich achten gelernt haben. Man kann dem französischen Frontsoldaten, der vier Jahre gegen Deutsche kämpfen mußte, nicht erzählen, die „Böches“ seien feige Hunde. Der Frontkämpfer weiß, mit diesem Volk kann man sich verständigen und muß man sich verständigen. Vor wenigen Wochen habe ich Gelegenheit gehabt, den großen Marschall Beratin zu sprechen. Das ist ein Soldat, und deshalb ist er ein Ehrenmann, der auch den Deutschen achtet. Mit solchen Männern kann man sich verständigen. Wir wollen keinen Krieg, aber wir wollen in unsere Ehre und über die disziplinieren wir mit niemandem in der Welt, sie steht fest, denn sie ist die Grundlage für den Aufbau der gesamten Nation. Nur wer ein schäres Schwert an seiner Seite hat, hat Ruhe, hat Frieden. Es ist nicht so, als ob das zum Krieg reize. Nein, wenn einer wehrlos ist, dann mag das Anreiz sein, ihn anzugreifen. Wenn er sich aber zu wehren vermag, dann wird der Friede auch bei ihm gesichert sein und damit zugleich der Friede in der ganzen Welt.

Wer das Vertrauen zum Führer zu hören wagt, wer das Gläubige im Volk zu untergraben versucht, wer den Glauben des Volkes an den Führer zu zerstören unternimmt, der ist ein Verräter, denn er vernichtet nicht nur das Verhältnis vom Volk zum Führer, nein, der zerstört damit das Volk selbst. Wer gegen den Führer hegt der hegt gegen Deutschland, denn Adolf Hitler und Deutschland ist unzertrennbar eins geworden. Das Vertrauen der Gefolgschaft zum Führer, die Treue des Führers zur Gefolgschaft, sie sind das Fundament, auf dem das neue Deutschland emporgewachsen ist. Deshalb gebeten wir auch heute dieses Mannes, dem allein wir das alles verdanken.

## Abonniert das „Durlacher Tageblatt“



Die Gemeindelast  
ROMAN VON GERT ROTHBERG  
URHEBER-RECHTSSCHUTZ, DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU/SA.

(7. Fortsetzung.)

Tante Anna hatte mit offener Mißbilligung das Dasein des fremden Kindes auf dem Oberhof wahrgenommen. Am Verhalten ihres Schwagers merkte sie, daß er sich da nicht dreinreden ließ, aber innerlich war sie wütend. Was fiel nur Andreas plötzlich ein? Würde er denn gar nicht, was für eine Gefahr er sich ins Haus genommen hatte? Denn dieses Mädchen würde vielleicht einst eine große Schönheit werden. Aber so waren die Männer. Nichts, aber auch nichts überlegten sie sich, und dann war eben das dicke Ende plötzlich da. Ihre verwitwete Schwester hätte sicherlich ihre Zustimmung zu diesem Unfug nicht gegeben, dessen glaubte Emma Simon sicher zu sein. Nun, hieran ließ sich nichts ändern, das zornige Aufblitzen in den Augen des Oberhofbauers hatte ihr bewiesen, daß er auch in diesem Falle keinem Menschen gestattete, an seinen Maßnahmen Kritik zu üben. So mußte man eben allem seinen Lauf lassen.

Somit aber war dieser Aufenthalt in dem alten, schönen Oberhof sehr gemühtlich. Grete und Ernst stolzierten den ganzen lieben Tag draußen im Schnee herum. Der Junge fuhr seine Kuffine im Schlitten, sie liefen auf dem festgefrorenen Dorfsteig miteinander Schlittschuh, und wenn sie einmal daheim waren, dann gab es auch irgendeine Abwechslung.

Christa sah still in der Ecke des Zimmers und sah nur immerfort in Ernst Oberhofs frisches Jungengesicht, wenn er daheim war und mit der Kuffine irgend etwas spielte. Grete hatte bei ihrer Ankunft die Kleine nur hochmütig angesehen und dann die Schultern verächtlich hochgezogen. Diese Bewegung hatte der Oberhofbauer bemerkt. Um seinen Mund legte sich ein hartes Lächeln, und er sah in diesem Augenblick keineswegs freundlich auf die Nichte.

## „Arbeit und Arbeitslosigkeit im neuen Deutschland“

Ein Vortrag des Präsidenten Syrup.

DR. Kuhn, 3. Dez. Auf einer Mitgliederversammlung des Verbandes rheinischer Industrieller am Montagabend in Köln sprach der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, über das Thema: „Arbeit und Arbeitslosigkeit im neuen Deutschland“.

Seit Übernahme der Macht durch Adolf Hitler seien in der Arbeitsschlacht ganz große Erfolge erzielt worden. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die in der deutschen Wirtschaft beschäftigt würden, sei von 11,5 auf 15,6 Millionen gestiegen; während die Zahl der Arbeitslosen fast auf 2,25 Mill. gesunken sei. Hochburgen der Arbeitslosigkeit seien auch jetzt noch die Großstädte und Industriegebiete. Von den 2,282 Millionen Arbeitslosen entfielen am 1. Oktober allein 1,236 Millionen auf die Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Staatsnotwendigkeiten und erkennbare Entwicklungstendenzen der deutschen Wirtschaft sprächen für Stukturveränderungen, die natürlich nur auf lange Sicht vorgenommen werden könnten. Die Reichsregierung habe dem Präsidenten der Reichsanstalt weitestgehende Ermächtigungen gegeben, in dieser Richtung auf dem Arbeitsgebiet der Reichsanstalt mitzuarbeiten. Dr. Syrup erläuterte dann in diesem Rahmen u. a. auch die Zugangsperre für Bezirke mit besonders hoher Arbeitslosigkeit, die bisher für Berlin, Hamburg und Bremen durchgeführt ist. Der Redner betonte jedoch, daß es nicht angängig sei, das Reichsgebiet mit zahlreichen Sperrmauern zu durchziehen; denn dadurch werde die Bewegungsfreiheit der Arbeiter und Angestellten in starkem Umfange eingestellt und die eigene Initiative der Tätigsten gehemmt. Weiter behandelte der Vortragende die notwendigen Erleichterungen der Landflucht. Die Landwirtschaft bemühe sich unter Opfern ihre Arbeiter auch während des Winters zu behalten und Jahresverträge abzuschließen. Diese Entwidlung dürfe nicht durch industrielle Anwerbung gestört werden. Die Reichsanstalt habe infolgedessen durch gesetzliche Anordnungen die Einstellung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte für eine Reihe industrieller Betriebe, die erfahrungsgemäß gern solche Arbeiter vom Lande aufzunehmen pflegten, gehemmt. Im Wege der Landhilfe habe sie daneben rund 150 junge Leute aus den Städten u. Industriegebieten in Bauernwirtschaften übergeführt. Diesem Ziel diene auch der Arbeitsplatztausch. Jeder Unternehmer müsse sich klar darüber werden, ob der altersmäßige Aufbau seiner Gefolgschaft der richtige sei und ob er nicht anstelle einer Ueberzahl an jugendlichen Arbeitern ältere Familienväter unter Anspruchnahme der geldlichen Zuschüsse der Reichsanstalt einstellen könne. Allerdings könne der Arbeitsplatztausch nicht planlos vorgenommen werden; denn es müsse durch das Arbeitsamt sichergestellt sein, daß die jungen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft oder im Arbeitsdienst Aufnahme finden. Einer Arbeitslosigkeit dürften sie nicht anheimfallen. Der Arbeitsplatztausch sei keine Angelegenheit von heute auf morgen, sondern werde planmäßig in längerem Zeitraum durchgeführt werden.

Dr. Syrup kündigte weiter an, daß die Reichsanstalt für die Betriebe der Textilindustrie zum Ausgleich von Kurzarbeit infolge Rohstoffmangels eine wesentlich verstärkte Kurzarbeiterunterstützung einführen werde, und daß auch beschäftigt sei, in besonderen Fällen die Herstellung von Rohstoffen, die an die Stelle des Auslandsbezuges traten, finanziell zu erleichtern. Der Redner betonte zum Schluß, während sich früher die Arbeitslosigkeit auf die Gewährung gelichteter Unterstützung der Arbeitslosen beschränkt habe, sei jetzt der Wille der Reichsregierung in starkem Maße darauf gerichtet, den arbeitslosen Volksgenossen Arbeit und damit selbstverdientes Brot zu geben. Bei günstiger Entwicklung des Beschäftigungsgrades und weiterem Rückgang der Arbeitslosigkeit werde die Reichsanstalt in absehbarer Zeit in der Lage sein, überwiegend ihre Mittel dafür einzusetzen, den arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeitslosen Arbeit zu geben und so das Recht auf Arbeit soweit als möglich in die Praxis umzusetzen.

## Konferenz der Landeshirchensführer

Berlin, 3. Dez. Die Deutsche Evangelische Kirche, kirchenamtliche Pressestelle, teilt mit: Die Landeshirchensführer waren vom Reichsbischof zu einer Tagung zusammenberufen worden, um Vorschläge für die Berufung der theologischen Mitglieder im Geistlichen Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche zu machen. Der Reichsbischof wird die Ernennung der Mitglieder des Geistlichen Ministeriums demnächst vornehmen, und das Ministerium in Kürze zu einer Sitzung einberufen.

## Graf von der Goltz verabschiedet sich

DR. Berlin, 3. Dez. Staatsrat Dr. Graf von der Goltz verabschiedet sich in einem Rundschreiben von den Führern der Wirtschaftsgliederungen in der Gesamtorganisation der deutschen Wirtschaft, in dem es heißt: „Die Organisation der Wirtschaft hat mit der letzten ergangenen ersten Durchführungsordnung für das Gehej zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft ihre von dem Herrn Reichswirtschaftsminister angeordnete gesetzliche Form erhalten. Für meine bisherige Tätigkeit als kommissarischer Führer der Wirtschaft, die von mir stets als eine Aufgabe ganz bestimmten Inhalts und nicht als eine Stellung aufgefaßt wurde, ist damit kein Raum mehr.“

Es ist mir Herzensbedürfnis, Dank zu sagen für alles Vertrauen und allen mir immer wieder bewiesenen Willen zu treuer Mitarbeit aus allen Kreisen der Wirtschaft, insbesondere den vorgegliederten und ernannten Führern von Wirtschaftsgliederungen und ihren Helfern.

Der Glaube an die Notwendigkeit nationalsozialistischer Gemeinschaftshandels und Gemeinschaftshandels in der gesamten deutschen Wirtschaft bleibt die Grundlage ihrer Zukunft. Mögen Selbstbewußtsein und Kraft, verbunden mit Leistungswillen und Opferbereitschaft auch in der Wirtschaft freiwillig und freudig das deutsche Schicksal mehr und mehr gestalten helfen.“

## Das Programm der Jahrestagung der Reichstuturkammer

DR. Berlin, 1. Dez. Das Programm der Jahrestagung der Reichstuturkammer am Donnerstag, den 6. Dezember im Berliner Sportpalast liegt nunmehr fest und lautet wie folgt:

1. Festliche Feiern  
Familiensänger der Berliner Staatskapelle
2. „Weihe des Hauses“  
Berliner Philharmonisches Orchester unter Leitung von Wilhelm Furtwängler
3. Aus: Adolf Hitler, „Mein Kampf“  
Sprecher: Lothar Mithel
4. Schlusssong aus der romantischen Kantate „Von deutscher Seele“  
Hans Pfitzner für 4 Solostimmen, gemischten Chor und großes Orchester.  
Soli: Elise Schön (Sopran), Maria Betschen (Alt), Heinz Marten (Tenor), Fred Drissen (Bass)
5. Sprechchor des Arbeitsdienstes  
Ausschnitt aus „Deutsche Not und Wende“ von Konrad Pfl, ausgeführt von der Lehrabteilung der Reichsführerschule Potsdam
6. Aria aus der Suite D-Dur  
Johann Sebastian Bach  
Berliner Philharmonisches Orchester unter Leitung von Wilhelm Furtwängler
7. Rede des Präsidenten der Reichstuturkammer,  
Reichsminister Dr. Göttsels
8. Altneuländisches Dantegedicht  
E. Kremier für gemischten Chor und Orchester. Leitung: Bruno Kittel.  
Mitwirkende Chöre: Bruno Kittelscher Chor, Chor der Staatlichen Hochschule für Musik, Erster gemischter Chor, Erster Männerchor.

## Zun Tag der nationalen Soldatart

DR. Berlin, 3. Dez. Wie der Reichs- und preußliche Minister des Innern Dr. Fritd dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels mitteilt, hat er den höheren Beamten seines Dienstbereichs gegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß sie sich an der Sammelaktion des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda am „Tag der nationalen Soldatart“ beteiligen. Ebenso hat Reichsminister Dr. Fritd die übrigen obersten Reichsbehörden und Länderregierungen gebeten, ähnliche Erlasse an ihre höheren Beamten ergehen zu lassen.

Die Staatssekretäre der Präsidialkanzlei und der Reichsstaatssekretäre haben dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda bereits mitgeteilt, daß die bei ihnen Behörden tätigen höheren Beamten sowie die persönlichen Begleiter des Führers sich für die Sammelaktion zur Verfügung stellen.

## 20 Todesopfer in Australien

Melbourne, 3. Dez. Die riesigen Abbeischwemmungen, die Melbourne und den Bezirk Gippsland heimgesucht, haben 20 Todesopfer gefordert. Weitere 6 Todesopfer werden aus Koewerup gemeldet. Dort sind 2000 Menschen obdachlos geworden. Wie weiter gemeldet wird, ist der Dampfer „Coramba“ mit 17 Mann Besatzung untergegangen.

Frau Emma Simon war die Besuchsfreude nunmehr verdorben. Sie hatte nur zu gut das harte, höhnische Lächeln bemerkt, mit dem der Oberhofbauer Grete angesehen hatte. Wenn ihre schönen Pläne schiefgingen, was dann? Grete war auch schon vierzehn Jahre alt, wie Ernst. Zu dumm, daß er nicht wenigstens fünf, sechs Jahre älter war! Grete würde ihm vielleicht zu alt sein, wenn er einmal ans Heiraten denken konnte. Was dann?

Es kam so weit, daß Emma Simon dachte: Wenn der Oberhofbauer doch auch bald das Zeitliche segnen möchte! Ich denke, daß ich mit Ernst allein leichtes Spiel haben würde. Und Bertha zählt ja nicht.

Der Bauer dachte in den nächsten Tagen: Vielleicht wäre es besser gewesen, ich hätte die Kleine in einer Familie mit gleichaltrigen Mädchen untergebracht. Was hat sie denn hier? Immer muß sie abseits sitzen, keines von den Kindern gibt sich mit ihr ab. Ich hätte irgend-einem armen Häusler einen anständigen Zuschuß zahlen können. Vielleicht hätte sie sich da wohler gefühlt.

Am Nachmittag unternahm er einen Spaziergang und nahm Christa mit. Unterwegs fragte er sie, ob sie gern zu Kindern möchte, weil hier doch niemand sei, der mit ihr spielen könne. Aber das Kind sah ihn traurig an, und da wußte er, daß es ihn mißverstand hatte. Christa glaubte, sie sei überflüssig auf dem Oberhof und solle nun doch noch woandershin. Die Hand des Bauern strich über das Gesicht des Mädchens.

„Dann bleib hier, Christa. Ich dachte nur, es gefiele dir nicht.“

Sie schmeigte das Gesicht an seine Hand.

„Ich — will — bei — dir bleiben, Vater.“  
„So! Das war nun endgültig besiegelt. Da würde nie ein Mensch etwas daran zu ändern haben.“

Später, da würde einer kommen und Christa holen. Sie würde ein schönes Mädchen werden. Freilich, Geld? Der Oberhofbauer lächelte. Da würde sich auch noch ein Ausweg finden.

In Grete aber sammelte sich ein solcher Haß, daß sie am Abend vor ihrer Abreise noch auf einen teuflischen Gedanken kam.

Sie vermißt plötzlich ihre schwere goldene Halskette, die ein Patengeheimt ihrer Schwemutter war.

(Fortsetzung folgt.)